

37/02

PROGRAMMDEKRETVORSCHLAG 2024 (I)**Abänderungsvorschläge**

eingereicht durch
Herrn F. CREMER, Frau S. PAUELS und Frau E. JADIN

Parlament der DG					
088865 - 16.12.24					
1	2	3	4	GS	PDT

Original Topi

KAPITEL 6 ABSCHNITT 2 (NEU)

In Kapitel 6 des Programmdekretvorschlags 2024 (I) wird folgender Abschnitt 2 eingefügt, der den Artikel 203.1 umfasst:

„Abschnitt 2 – Nicht-Diskriminierung“

ARTIKEL 203.1 (NEU)

In Kapitel 6 Abschnitt 2 desselben Programmdekretvorschlags wird folgender Artikel 203.1 eingefügt:

„Art. 203.1 – In Artikel 4 Nummer 7 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung wird zwischen das Wort „stehen,“ und das Wort „und“ die Wortfolge „einschließlich von Wohnraum,“ eingefügt.

BEGRÜNDUNG

Zu dem Programmdekretvorschlag 2024 (II) erteilte der Staatsrat am 13. Dezember 2024 sein Gutachten Nr. 77.277/1-2-3-4, welches in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 3 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 in einer Dringlichkeitsfrist von fünf Arbeitstagen angefragt worden war.

In diesem Gutachten stellte der Staatsrat fest, dass die Artikel 19-27 als nicht dringend eingestuft werden können und wurden somit nicht durch den Staatsrat begutachtet.

Um dennoch eine Begutachtung durch den Staatsrat zu gewährleisten, werden die betreffenden Artikel nun in das beim Parlament hinterlegt Programmdekret 2024 (I) überführt (Artikel 203.1 und Artikel 203.2-203.9).

Diese Anpassung des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung dient der Vervollständigung der Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. In der Tat wies das Auditorat des Staatsrates kürzlich auf eine potenzielle Rechtslücke hin: Da in 2012 die Deutschsprachige Gemeinschaft noch nicht für das Wohnungswesen zuständig war, erschien es sinnvoll bei der Umsetzung von Artikel 3 (1) der erwähnten Richtlinie nicht auf den Wohnraum zu verweisen. Am 1. Januar 2020 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft allerdings die Ausübung dieser Zuständigkeit übernommen, sodass eine entsprechende Ergänzung notwendig wird.

KAPITEL 6 ABSCHNITT 3 (NEU)

In Kapitel 6 des Programmdekretvorschlags 2024 (I) wird folgender Abschnitt 3 eingefügt, der die Artikel 203.2 bis 203.9 umfasst:

„Abschnitt 3 – Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2041“

ARTIKEL 203.2-203.9 (NEU)

In Kapitel 6 Abschnitt 3 desselben Programmdekretvorschlags werden folgende Artikel 203.2-203.9 eingefügt:

„Art. 203.2 – Vorliegender Abschnitt dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union.

Art. 203.3 – Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird wie folgt ersetzt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 203.4 – In Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 9. November 2000, wird folgender Absatz3 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 203.5 – In Artikel 108 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 203.6 – In Artikel 111 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 203.7 – In Artikel 111.10 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 31. März 2014, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 203.8 – Artikel 91 §2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19.

Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

2. In Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „Die Regierung kann“ durch die Wortfolge „Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung“ ersetzt.

Art. 203.9 – In Artikel 111 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.““

BEGRÜNDUNG

Mit diesem Abschnitt soll die Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union teilweise umgesetzt werden.

Der Grundsatz, dass im öffentlichen Dienst ein garantiertes Mindesteinkommen zu zahlen ist, wird durch Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen, festgelegt. Im Hinblick auf die konforme Umsetzung der oben genannten Richtlinie, hat die Föderalregierung durch einen Königlichen Erlass vom 10. Juli 2024 einige Ergänzungen vorgenommen. Die Regelung der kollektiven Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst ist weiterhin gemäß Artikel 87 §5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen eine föderale Zuständigkeit.

Dennoch stellte der Staatsrat in einem Gutachten Nr. 65.425/VR vom 28. März 2019 fest, dass seit dem Inkrafttreten der Sechsten Staatsreform, die Gemeinschaften und Regionen auch dafür zuständig sind, in ihren Zuständigkeitsbereichen das Mindesteinkommen festzulegen.

Um in dieser Hinsicht für Rechtssicherheit zu sorgen, sollen durch den vorliegenden Abschnitt entsprechende Verweise auf den erwähnten Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 in die Rechtsgrundlagen für das Personal des Unterrichtswesens und der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets eingefügt werden. Eine Änderung des ÖSHZ-Grundlagengesetzes ist nicht notwendig, da dieses nach wie vor vorsieht, dass für das Personal des ÖSHZ das gleiche Verwaltungs- und Besoldungsstatut gilt wie für das Personal der Gemeinde, in der sich der Sitz des ÖSHZ befindet (Artikel 42 Absatz 5 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren).

Die entsprechende Anpassung der Personalstatute für das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Einrichtungen öffentlichen Interesses (einschließlich des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft) erfolgt aufgrund der in diesem Zusammenhang geltenden Gewaltentrennung ausschließlich per Regierungserlass.

Freddy CREMER



Stephanie PAUELS



A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Evelyn Jadin', with a stylized, overlapping loop structure.

Evelyn JADIN

ANLAGE 3**PROPOSITION DE DÉCRET-PROGRAMME 2024 (I)****AMENDEMENTS**

déposée par Mmes et MM.
Freddy CREMER, Stéphanie PAUELS et Evelyn JADIN.

CHAPITRE 6, SECTION 2 (nouveau)

Au chapitre 6 de la proposition de décret-programme 2024 (I), la section 2 suivante, comprenant l'article 203.1, est insérée:

« Section 2 - Non-discrimination »

ARTICLE 203.1 (nouveau)

Au chapitre 6, section 2, de la même proposition de décret-programme, l'article 203.1 suivant est inséré:

« Art. 203.1 – Au point 7 de l'article 4 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, les mots : « y compris le logement » sont insérés entre les mots « du public, » et les mots « ainsi que ». »

JUSTIFICATION

En ce qui concerne la proposition de décret-programme 2024 (II), le Conseil d'État a rendu le 13 décembre 2024 son avis n° 77.277/1-2-3-4, qui avait été sollicité dans un délai d'urgence de cinq jours ouvrables, en application de l'article 84, §1er, alinéa 1er, point 3, des lois coordonnées sur le Conseil d'État du 12 janvier 1973.

Dans cet avis, le Conseil d'État a constaté que les articles 19 à 27 ne pouvaient pas être qualifiés d'urgents de sorte qu'ils n'ont pas été examinés par le Conseil d'État.

Afin de garantir que ces dispositions fassent l'objet d'un examen par le Conseil d'État, les articles concernés sont à présent transférés dans la proposition de décret-programme 2024 (I) déposée auprès du Parlement (article 203.1 et articles 203.2-203.9).

Cette adaptation du décret du 19 mars 2012 relatif à la lutte contre certaines formes de discrimination vise à compléter la transposition de la directive 2000/43/CE du Conseil du 29 juin 2000 relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre les personnes sans distinction de race ou d'origine ethnique. En effet, l'auditorat du Conseil d'État a récemment signalé un vide juridique potentiel : Étant donné qu'en 2012, la Communauté germanophone n'était pas encore compétente en matière de logement, il a semblé judicieux de ne pas faire référence au logement lors de la transposition de l'article 3 (1) de la directive précitée. Toutefois, au 1er janvier 2020, la Communauté germanophone a pris en charge l'exercice de cette compétence, de sorte qu'un ajout correspondant est nécessaire.

CHAPITRE 6, SECTION 3 (nouveau)

Au chapitre 6 de la proposition de décret-programme 2024 (I), la section 3 suivante, comprenant les articles 203.2 à 203.9, est insérée:

« Section 3 - Transposition de la directive (UE) 2022/2041 »

ARTICLES 203.2 à 203.9 (nouveaux)

Au chapitre 6, section 3, de la même proposition de décret-programme, les articles 203.2 à 203.9 suivants sont insérés:

« Art. 203.2 - La présente section vise à transposer partiellement la directive (UE) 2022/2041 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relative à des salaires minimaux adéquats dans l'Union européenne.

Art. 203.3 - L'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique remplacé par ce qui suit :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 203.4 – A l'article 1er de l'arrêté royal fixant au 1er avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement

primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 9 décembre 2003, l'alinéa 3 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 203.5 - A l'article 108 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 203.6 - A l'article 111 du même décret, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 203.7 - A l'article 111.10 du même décret, inséré par le décret du 31 mars 2014, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 203.8 - L'article 91, §1^{er}, du décret communal du 23 avril 2018 est modifié comme suit :

1° Entre l'alinéa 1er et l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, il est inséré l'alinéa suivant :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

2° A l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « Le Gouvernement peut » sont remplacés par les mots « Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut ».

Art. 203.9 - A l'article 111 du même décret, l'alinéa 3 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. » »

JUSTIFICATION

Cette section vise à transposer partiellement la directive (UE) 2022/2041 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relative à des salaires minimaux adéquats dans l'Union européenne.

Le principe du paiement d'un revenu minimum garanti dans le secteur public est fixé par l'article 5 de l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. En vue d'une transposition conforme de la directive précitée, le gouvernement fédéral a apporté quelques compléments par un arrêté royal du 10 juillet 2024. La réglementation des relations collectives de travail dans le secteur public reste une compétence fédérale en vertu de l'article 87, §5, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

Néanmoins, dans un avis n° 65.425/VR du 28 mars 2019, le Conseil d'État a constaté que, depuis l'entrée en vigueur de la sixième réforme de l'État, les Communautés et les Régions sont également compétentes pour fixer le revenu minimum dans leurs domaines de compétence.

Afin d'assurer la sécurité juridique à cet égard, la présente section vise à insérer des références correspondantes à l'arrêté royal précité du 3 juillet 2005 dans les bases légales applicables au personnel de l'enseignement et des communes de la région de langue allemande. Une modification de la loi de base des CPAS n'est pas nécessaire puisque celle-ci prévoit toujours que le personnel des CPAS est soumis au même statut administratif et salarial que le personnel de la commune où se trouve le siège du CPAS (article 42 alinéa 5 de la loi de base du 8 juillet 1976 relative aux centres publics d'aide sociale).

L'adaptation correspondante des statuts du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes d'intérêt public (y compris le Centre belge de radio et de télévision de la Communauté germanophone) se fait exclusivement par arrêté gouvernemental en raison de la séparation des pouvoirs applicable dans ce contexte.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN